

KZ 04.06.15

Grünaustrasse: Streit geht weiter

Die Grünen Prowil gehen wegen der Grünaustrasse auf Konfrontation mit der Stadtregierung. Sie werfen der Exekutive Ignoranz und Verdrehung von Tatsachen vor. Der Stadtrat weigert sich, Alternativen zur Entlastungsstrasse zu prüfen.

PHILIPP HAAG

WIL. Die Grünen Prowil sind sauer. «Wir sind in höchstem Mass darüber befremdet, wie willkürlich der Stadtrat Tatsachen zu seinen Gunsten verdreht», teilt Guido Wick im Namen der Fraktion mit. Die Parlamentsfraktion wirft der Stadtregierung vor, die vom Volk vor zwölf Jahren abgelehnte Grünaustrasse quasi durch ein Hintertürchen – das Agglomerationsprogramm – durchzusetzen und in Absprache mit dem kantonalen Baudepartement, dem die Planungshoheit der Grünaustrasse obliegt, «mit Hochdruck auf die Realisierung hinzuwirken». Denn die Grünaustrasse ist nicht nur im Agglomerationsprogramm enthalten, die innerstädtische Entlastungsstrasse ist auch Bestandteil des Strassenbauprogramms 2014 bis 2018 des Kantons. Die Grünaustrasse führt vom Gammakreisel hinauf zur Fürstenlandstrasse, durch die Klosterwiese und vorbei am Weidle-Quartier.

Forderung: Ergebnisoffen

Grund für den gegenwärtigen Ärger ist die stadträtliche Antwort auf eine Interpellation von Daniel Stutz (Grüne Prowil, un-sere Zeitung berichtete), in der er die Exekutive auffordert, für die Verkehrsbelastung des Stadtzentrums Alternativen zur Grünaustrasse in die Überlegungen einzubeziehen und die Abklärungen ergebnisoffen vorzunehmen. In den Augen der Fraktion verweigert der Stadtrat allerdings jegliche Diskussion über alternative Massnahmen zur Zentrumsentlastung. Sie unterstellt dem Stadtrat gar Propaganda zu betreiben und Falschinformationen zu verbreiten. Ein Streitpunkt ist eine Informationsveranstaltung für Mitglieder des Stadtparlaments. Während des Anlasses beschleunigte der Stadtplaner der Grünaustrasse ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) kommt allerdings zum Schluss, das Kos-



Bild: Philipp Haag

Die Grünaustrasse führt in etwa entlang des Grünauwegs vom Gammakreisel zur Fürstenlandstrasse.

ten-Nutzen-Verhältnis sei lediglich genügend. «Die Parlamentsmitglieder wurden an der Informationsveranstaltung korrekt über das Kosten-Nutzen-Verhältnis informiert», hält der Stadt-

rat in der Interpellationsantwort fest. In der Stadtrat ausserdem fest, die Grünaustrasse sei eine von mehreren Massnahmen zur Zentrumsentlastung Wil im Rahmen des Agglomerationsprogramms. Die Planung der Konzeptphase sei abgeschlossen. «Es macht aus Sicht des Stadtrats keinen Sinn, dieses Ergebnis nun in Frage zu stellen und die Erarbeitung eines Gegenprojekts in Auftrag zu geben.» Indem der Stadtrat «die Suche nach alternativen Möglichkeiten zum Vorherigen verweigert», ignoriert er nach Meinung der Grünen Prowil nicht nur Feststellungen im Prüfbericht des ARE, sondern widersetzt sich «in geradezu ignoranter Weise» auch den behördlichen Vorgaben im kommunalen Richtplan, gemäss denen der Stadtrat im Norden der Stadt nach Möglichkeiten für die Verkehrsbelastung zu suchen habe, die Grünaustrasse aber lediglich eine Option sei.

In der B-Priorität

Das ARE stuft die Grünaustrasse im Prüfungsbericht überdies in einer B-Priorität ein und nicht, wie beantragt, in der A-Priorität. Während der Stadtrat einen ungenügenden Reife-

Es macht keinen Sinn, ein Gegenprojekt erarbeiten zu lassen.

Stadtrat Wil in Interpellationsantwort

grad des Projektes, beziehungsweise den noch zu wenig detaillierten Projektstand, als Grund für die B-Priorität ausmacht, sind die Grünen Prowil der Ansicht, die Herabstufung sei durch eine Unterlassung begründet. Und zwar durch diejenige, dass keine Alternativen zur Grünaustrasse geprüft worden seien. Im Prüfbericht heisst es: «Die Agglomeration zeigt zu wenig auf, ob mit einem umfassenden Verkehrsmanagement und weiteren nachfrageseitigen Massnahmen auf die vorgeschlagenen Netzergänzungen (Nord und Grünaustrasse) ganz oder teilweise verzichtet werden können. Entsprechende Abklärungen werden für einen Ausbau des Strassenetzes in Anbetracht der damit verbundenen Auswirkungen auf den Bodenverbrauch sowie die Verkehrs- und Siedlungsentwicklung erwartet.» Der Stadtrat weist allerdings darauf hin, dass der Bund die Wirksamkeit der



Bild: pd

Guido Wick

Fraktionspräsident Grüne Prowil